

Bezugspreis: Vierteljährlich 3.00 M., monatlich 1.00 M. ...

Vorwärts

Anzeigenpreis: Die achtspaltige Rückseite ...

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Redaktion und Expedition: SW 68, Lindenstr. 3

Dienstag, den 23. August 1921

Vorwärts-Verlag G.m.b.H., SW 68, Lindenstr. 3

Die Brotzulage.

Verhandlungen mit der Regierung.

Am Montag haben im Reichsfinanzministerium die Verhandlungen zwischen der Regierung und den Organisationen der Beamten und Arbeiter begonnen.

Die Verhandlungen, an denen der Deutsche Beamtenbund, der Deutsche Gewerkschaftsbund, der Allgemeine Deutsche Gewerkschaftsbund und die Eisenbahner-Großorganisationen teilnahmen, wurde durch eine groß angelegte Rede des Reichsfinanzministers eröffnet.

Hierauf sprach Reichsverkehrsminister Gröner über die Verhältnisse bei den Reichseisenbahnen. Im großen und ganzen habe die letzte Tarifserhöhung nicht die üblichen Folgeerscheinungen gezeitigt.

Im gleichen Rahmen bewegten sich die Ausführungen des Reichspostministers Giesberts, der erklärte, daß die Post einen ungeheuren Festbeitrag von über 2 Milliarden aufweise.

Dann gab Geheimrat Kühnemann vom Reichsfinanzministerium

Die Besoldungsanschläge der Regierung

bekannt. Einleitend teilte er mit, daß die Regierung Maßnahmen treffen werde, um alle noch ausstehenden Forderungen aus der Besoldungsordnung den Beamten sofort zu erstatten.

Diese Vorschläge der Regierung wurden von sämtlichen Vertretern der Beamten und Arbeiter als unzureichend bezeichnet. Nach sehr langen Debatten, in denen die Gegenläufe zum Teil scharf zutage traten, verstanden sich die Regierungsovertreter dann dazu, die Teuerungszuschläge für sämtliche Ortsklassen anstatt um 15 Prozent nunmehr um 20 Prozent zu erhöhen.

Vorlage überreichen wird. Man will sich ferner die Zustimmung der einzelnen Parteien sichern, um später die nachträgliche Genehmigung des Reichstags einzuholen.

Nach zwölfstündiger Verhandlung wurde die Konferenz abgebrochen. Die Vertreter der Gewerkschaften werden noch einmal den Ressortministern gegenüber die Notwendigkeit dieser von ihnen aufgestellten Forderung begründen.

Die Einberufung des Reichstages verschoben.

Auf den 27. September.

Der Reichstag hatte in seiner letzten Sitzung vom 7. Juli beschlossen, die erste Sitzung nach den Sommerferien auf den 6. September anzuberaumen, für den Fall, daß die Beratung der Steuererlasse bis dahin in allen Instanzen erledigt sei.

Eine Einberufung des Auswärtigen Ausschusses des Reichstages ist vorläufig auch nicht beabsichtigt.

Sitzungen des Reichswirtschaftsrats.

Weiter berichten die PWA, daß der Arbeitsausschuss zur Beratung des Arbeitsnachweisgesetzes am Montag, den 22. August, nachmittags 2 1/2 Uhr, im Zimmer 586 des ehemaligen Kriegsministeriums zu einer Sitzung zusammengetreten wird.

Die deutsch-amerikanischen Verhandlungen.

London, 23. August. (G.E.) Der „Daily Telegraph“ meldet: Aus Washington einlaufende Nachrichten erklären, daß der Abschluß eines Friedensvertrages mit Deutschland bald von der amerikanischen Regierung beschlossen werde.

„New York World“ berichtet, daß dieser Vertrag, der in Ausarbeitung begriffen sei, die Frage der Verantwortlichkeit am Krieges nicht erwähne. Die meisten Bestimmungen dieses in Vorbereitung befindlichen Dokuments laufen auf den Abschluß eines Handelsvertrages hinaus.

Horthy-Ungarn und Rußland.

Der Präsident der ungarischen Kammer, St. v. Radowitzky, hat sich an den Deutschen Reichstag und alle anderen Parlamente Europas gewandt, damit sie für die Freilassung der jetzt noch in Rußland zurückgehaltenen 60 000 ungarischen Kriegsgefangenen eintreten.

Die ungarischen Kriegsgefangenen werden befanntlich von der russischen Regierung als Geiseln für das brutale Regiment der Horthy-Regierung gegen die ungarische Arbeiterschaft zurückgehalten.

Vorstellungen der Reichsregierung zum Vorfalle am Bahnhof Friedrichstraße. Wie die PWA hören, ist die deutsche Regierung im Anschluß an den Vorfalle am Bahnhof Friedrichstraße, wo französische Soldaten auf ihrer Durchreise von Oberhiesien nach dem Rheinland sich den Anordnungen der Schutzpolizei widersetzen und sich zu Tätlichkeiten hinreißen ließen, beim französischen Geschäftsträger mit der Bitte vorstellig geworden.

Zum Bezirksrat für die Provinz Brandenburg. Der Bezirksvorstand für die Provinz Brandenburg sendet uns folgende Mitteilung zur Ergänzung des Berichtes über den Verlauf des Brandenburger Parteitages: Einige zur Programmfrage gestellte Anträge, die eine Abhebung der Programmdiskussion von der Tagesordnung des örtlicher Parteitages forderten, fanden dadurch ihre Erledigung, daß der Antrag des Genossen Wels: „Der Provinzpartei tag billigt die Tagesordnung des örtlicher Parteitages“ gegen wenige Stimmen angenommen wurde.

Neue Mieterhöhung?

Von Dr. jur. E. Holz.

Nach einer Notiz im Organ des Bundes der Berliner Haus- und Grundbesitzervereine hat kürzlich bei Bürgermeister Ritter eine Sitzung betreffend die Reuefestsetzung der Höchstmietenzuschläge stattgefunden, an der Vertreter des Magistrats und eine Abordnung der Berliner Hausbesitzervereine teilgenommen haben.

Bei Erörterung dieser Frage darf man nicht lediglich von rechnerischen Gesichtspunkten ausgehen. Wenn die Rohmaterialien für Herstellung von Schokolade teurer werden und deshalb der Preis der Pralines steigt, so mag man das vom rechnerischen Standpunkt aus betrachten und für richtig halten; wer den höheren Preis nicht bezahlen kann, muß eben den Konsum von Pralines einschränken, ohne daß seine Lebensnotwendigkeiten darunter leiden.

Scheinbar haben diese Erfolge der ländlichen Agrarier ihre städtischen Vettern nicht ruhen lassen. Hier ist nur ein kleiner Unterschied: Die Hausagrariere produzieren nicht jedes Jahr neu, ihr Produkt ist da, und die Allgemeinheit ist deshalb nicht auf ihren guten Willen angewiesen. Sie haben also nicht die Macht, alles durchzusetzen, was sie wollen.

Verfehlt wäre es allerdings, nun in das andere Extrem zu verfallen und ihnen gar nichts zu bewilligen; aber was bewilligt werden kann, das kann ohne Rücksicht auf die Verteilung der Machtverhältnisse rein nach wirtschaftlichen Gesichtspunkten geprüft werden. Und hierbei müssen in die erste Linie eben jene Bedenken geschoben werden, die gegen jede Verteuerung von Lebensnotwendigkeiten sprechen. Jede Erhöhung der Miete hat neue Lohnerhöhungen im Gefolge, erhöht die gesamte Lebenshaltung und drückt die Existenzmöglichkeit weiter Kreise noch mehr herab.





